



Teilnahmeantrag
im
Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
nach der VgV

Projekt:

Rahmenvereinbarung über Projektsteuerungsleistungen für Maßnahmen der RKH-Standorte Fürst-Stirum-Klinik Bruchsal sowie Rechbergklinik Bretten

Leistungen:

Projektsteuerungsleistungen (Projektstufen 1 bis 5) nach AHO-Heft Nr. 9 / 2025

Bewerber:

Abgabetermin:

28.09.2026, 12:00 Uhr

Auftraggeber:

RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH
Herr Christian Bodmer
Leitung Bau und Technik
Gutleutstr. 1 - 14
76646 Bruchsal

Antrag auf Teilnahme am Vergabeverfahren nach der Vergabeverordnung (VgV)

Die zutreffenden Felder bzw. Spalten sind auszufüllen oder anzukreuzen. Der Auftraggeber wird nur die im Bewerbungsbogen geforderten Angaben, Unterlagen bzw. Nachweise werten. Darüberhinausgehende Erläuterungen im Anschreiben des Bewerbers oder weitere und zusätzliche und nicht geforderte Publikationen (Imagebroschüren, etc.) werden nicht berücksichtigt und nicht in die Bewertung einbezogen.

Die Unterlagen für das gesamte Vergabeverfahren stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang im elektronischen Vergabeportal gebührenfrei zur Verfügung.

ANLAGENVERZEICHNIS

Nummerierung, Anzahl der Seiten und Bezeichnung der Anlage (Inhalt) bitte einfügen.

Nr.	Bezeichnung der Anlage	Nr.	Bezeichnung der Anlage

A. Allgemeine Informationen zum Teilnahmewettbewerb

I. Teilnehmer am Vergabeverfahren

Die Vergabe der Rahmenvereinbarung über Projektsteuerungsleistungen erfolgt im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb nach der VgV.

Der Auftrag kann an Einzelbewerber oder an Bewerbergemeinschaften vergeben werden. Bewerbergemeinschaften können den Teilnahmeantrag gemeinsam oder für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft in gesonderten Anträgen abgeben. Dieser Teilnahmeantrag enthält bei der Abfrage der einzelnen Informationen ggf. notwendige Hinweise für die konkrete Vorgehensweise von Bewerbergemeinschaften beim Ausfüllen des Teilnahmeantrags.

Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung über die Bildung einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen (Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall nach §§ 705 ff. BGB. Hiermit erklären die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, dass sie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften. Weiter haben die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft mit der Erklärung ihren bevollmächtigten Vertreter sowie die Zuständigkeit der einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu benennen. Eine entsprechende „*Bewerbergemeinschaftserklärung*“ wird als Anlage 1 beigefügt und ist ggf. mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führt zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Die Bildung von Bewerbergemeinschaften ist nur bis zum Bewerbungsschluss für die Teilnahmeanträge zulässig.

Für die Bewerbungen sind ausschließlich die Formblätter im digitalen Projektraum zu verwenden. **Die Bewerbungen sind elektronisch in Textform nach § 126b BGB über die Projektplattform einzureichen. Bewerbungen ausschließlich in Papierform, per Fax oder E-Mail oder über nicht dafür vorgesehene Funktionen der Projektplattform (etwa das Kommunikationsmodul) sind nicht zulässig.**

Die Möglichkeit der Eignungsleihe gilt auch bei Bewerbergemeinschaften und bezüglich von Nachunternehmern entsprechend den Vorschriften des § 47 VgV. Sofern von der Eignungsleihe Gebrauch gemacht

wird, ist die „*Verpflichtungserklärung Eignungsleihe nach § 47 VgV*“ zu verwenden. Diese wird als Anlage 2 beigefügt und ist ggf. mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Die Eignungsnachweise können in Form von Eigenerklärungen (Präqualifikationsverzeichnis, Vorlage von Einzelnachweisen in Form von Eigenerklärungen) erbracht werden. Der Auftraggeber akzeptiert die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Wenn dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist, kann der Auftraggeber die Bewerber, die eine Eigenerklärung abgegeben haben, jederzeit während des Verfahrens auffordern, sämtliche oder einen Teil der Nachweise beizubringen.

Der Auftraggeber fordert in jedem Fall vor Zuschlagserteilung den Bieter, an den der Auftrag erteilt werden soll und der bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt hat, auf, die einschlägigen Nachweise unverzüglich beizubringen.

II. Auswahl der Teilnehmer

Das vorliegende europaweite Vergabeverfahren ist ein zweistufiges Verfahren nach der VgV. Die erste Stufe ist der Teilnahmewettbewerb, die zweite Stufe das eigentliche Verhandlungsverfahren, an dem nur noch die geeigneten Bewerber teilnehmen.

Die Entscheidung über die Auswahl der Bewerber, die aufgefordert werden, am Wettbewerb weiter teilzunehmen, erfolgt in zwei Wertungsschritten.

- Zunächst wird formal geprüft, ob die nachfolgend geforderten Eignungsnachweise vollständig vorliegen. Das Fehlen eines geforderten Nachweises kann zum Ausschluss führen.
- Danach wird die grundsätzliche Eignung des Bewerbers anhand der geforderten Nachweise inhaltlich überprüft.

Die Einzelheiten zum Vorgehen bei der Bewertung sind in der EU-weiten Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union, im weiteren Verlauf dieses Teilnahmeantrags und in der Anlage 3 „*Wertungsmatrix Teilnahmewettbewerb*“ festgelegt.

Im Ergebnis des Teilnahmewettbewerbs werden maximal fünf Bewerber, die am besten geeignet sind, zur Abgabe eines Angebots aufgefordert.

Den höchstens drei qualifizierten Bewerbern der Stufe 1 werden sodann die Vergabeunterlagen für die Stufe 2 bereitgestellt. Die übrigen Bewerber werden entsprechend der vergaberechtlichen Erfordernisse über ihre Nichtberücksichtigung informiert.

Für den Fall, dass mehr als fünf Bewerber die Eignungsanforderungen erfüllen, erfolgt eine Auswahl entsprechend der Eignungskriterien wie folgt:

- Zur Gewichtung der einzelnen Eignungsnachweise sind die jeweiligen Klammerzusätze aufgenommen.
- Es findet eine vergleichende Wertung der Teilnahmeanträge statt. Für die entsprechend gewichteten Eignungskriterien erfolgt eine Bewertung nach einer Punkteskala von 0 bis 5 Punkte, deren Anforderungen für die entsprechenden Kriterien transparent in weiteren Verlauf des Teilnahmeantrags aufgenommen sind.
- Die erreichte Punktzahl in dem jeweiligen Eignungskriterium wird sodann mit der Gewichtung multipliziert und ergibt die gewichtete Punktezahl.
- Grundlage für die Auswahl der maximal drei Bewerber im Teilnahmewettbewerb sind die im Ergebnis höchsten Punktzahlen (Addition aller gewichteten Kriterien).
- Gibt es hier einen Gleichstand, kann der Auftraggeber die Entscheidung nach § 75 Abs. 6 VgV per Los treffen.

Für die Bewerberauswahl werden nur die geforderten Nachweise berücksichtigt. Darüberhinausgehende Unterlagen sind nicht erwünscht

III. Hinweise zur Datenerhebung

Die RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH fragt beim Bewerber personenbezogene Daten der Projektleitung an. Es wird darauf hingewiesen, dass diese, nämlich die unter Punkt D.II. und D.III. dieses Teilnahmeantrags abgefragten Angaben zur Person – nicht jedoch zu den Referenzen der Person – freiwillig sind und dass eine Einwilligungserklärung der betroffenen Person beizulegen ist.

Fehlende Angaben zu diesen Punkten können gegebenenfalls zu einer schlechteren Bewertung im Rahmen der Eignungsprüfung führen.

Die Bewerber werden darauf hingewiesen, dass sie im Rahmen des Vergabeverfahrens gegenüber ihrer Projektleitung und Mitarbeitenden zum Datenschutz in Bezug auf deren personenbezogene Daten verpflichtet sind. Für den Fall der Angabe dieser Daten erklärt der Bewerber, sämtliche Vorschriften des Datenschutzes im Verhältnis zu seiner Projektleitung / seinen Mitarbeitenden eingehalten zu haben und einzuhalten. Eine entsprechende „*Einwilligung zur Datenweitergabe, Datenverarbeitung und Datenspeicherung*“ wird als Anlage 4 beigefügt und ist mit diesem Teilnahmeantrag vorzulegen.

IV. Bauvorhaben

Die RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH plant in den kommenden Jahren bis einschließlich 2030 regelmäßig verschiedene Maßnahmen zur baulichen Weiterentwicklung an den Standorten Fürst-Stirum-Klinik Bruchsal sowie Rechbergklinik Bretten.

Hierbei handelt es sich um diverse Projekte für Neubau, Rückbau, Umbau und Sanierung am Klinikstandort mit seinen verschiedenen Gebäuden in Bruchsal bzw. Bretten. Dies sind vor allem, aber nicht abschließend, Stationssanierungen und -umbauten sowie Bauprojekte innerhalb der medizinischen Funktionsbereiche sowie den zum Krankenhausbetrieb gehörenden nicht medizinischen Bereichen (bspw. Verwaltung, Pflegeschule, Konferenzräume). Diese Maßnahmen dienen dem Ziel, die qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung in Bruchsal und Bretten sicherzustellen.

Die Maßnahmen können insbesondere Neubau-, Umbau-, Erweiterungs-, Sanierungs-, Modernisierungs-, Infrastruktur-, Technik- und Inbetriebnahmemaßnahmen an den Standorten Fürst-Stirum-Klinik Bruchsal und Rechbergklinik Bretten betreffen. Die Leistungen können Maßnahmen im laufenden Klinikbetrieb umfassen.

Nicht umfasst von der Rahmenvereinbarung sind einzelne Großprojekte, die gesondert vergeben werden.

Für die Maßnahmen zur baulichen Weiterentwicklung sind unter anderem Projektsteuerungs- und Projektmanagementleistungen im Bereich Krankenhausbau und Krankenhaustechnik erforderlich. Die Leistungen orientieren sich an AHO Heft Nr. 9, Projektmanagementleistungen in der Bau- und Immobilienwirtschaft, Stand Mai 2025. Einzelabrufe können Leistungen aus den Projektstufen 1 bis 5 und den Handlungsbereichen A bis E umfassen. Art, Umfang, Leistungszeitraum, Projektstufen, Handlungsbereiche, Personaleinsatz und Vergütung werden im jeweiligen Einzelabruf konkretisiert.

Die Projektvolumina der einzelnen Maßnahmen liegen im Bereich von ca. 4,5 Mio. € (brutto) bis ca. 30 Mio. € (brutto) inklusive Kostengruppe 700. Das Auftragsvolumen beträgt für die Projektsteuerung über die geplante Vertragslaufzeit von vier Jahren (inkl. einjähriger Verlängerungsoption) insgesamt 2,5 Mio. € (netto).

Zur Verstetigung der Kernaufgaben im Rahmen der Projektsteuerung am Standort der Fürst-Stirum-Klinik Bruchsal und der Rechbergklinik Bretten soll vorliegend eine Rahmenvereinbarung mit maximal drei Büros nach § 21 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 4 VgV beauftragt werden. Eine Abnahmeverpflichtung wird es für die RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH nicht geben. Die jeweiligen Einzelaufträge sollen gemäß den Bedingungen der Rahmenvereinbarung ohne erneutes Vergabeverfahren im Wege des Einzelabrufs beauftragt werden.

V. Angaben zum Bewerber

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Bürobezeichnung	
Anschrift / Sitz	
Darstellung der wirtschaftlichen Verknüpfung mit anderen Unternehmen	
Kontaktperson	
Telefon	
E-Mail	
Homepage	
Rechtsform	
Jahr der Bürogründung	
Nachweis der Teilnahmeberechtigung (Berufszulassung)	

B. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Anlagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

I. Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach §§ 123 Abs. 1 und Abs. 4, 124 Abs. 1 GWB

§ 123 GWB	Eine Rechtskräftige Verurteilung wegen:	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 1	§ 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)	☐	☐
Abs. 1 Nr. 2	§ 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen	☐	☐
Abs. 1 Nr. 3	§ 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte)	☐	☐
Abs. 1 Nr. 4	§ 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 5	§ 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 6	§ 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),	☐	☐
Abs. 1 Nr. 7	§ 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),	☐	☐
Abs. 1 Nr. 8	den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),	☐	☐
Abs. 1 Nr. 9	Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder	☐	☐

Abs. 1 Nr. 10.	den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).	☐	☐
§ 124 GWB	Von der Teilnahme am Verfahren können Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden, wenn	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 1	das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 2	das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 3	das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 4	der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 5	ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 6	eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 7	das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fort-dauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 8	das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder	☐	☐
Abs. 1 Nr. 9	das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzu-lässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beein-flussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.	☐	☐

II. Erklärung über die Eintragung im Berufs- oder Handelsregister des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist gemäß § 44 Abs. 1 VgV

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Eintragung im Berufs- oder Handelsregister gemäß § 44 Abs. 1 VgV	<i>Ich/Wir erkläre/n mit meiner/unserer Unterschrift, dass mein/unser Unternehmen / Büro ordnungsgemäß im Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist, und dass es gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt worden sind.</i> <i>Ein aktueller Berufs- / Handelsregistrauszug füge ich / füge wir diesem Teilnahmeantrag nach Möglichkeit bei.</i>

C. Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

I. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV

Hinweis: Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 5,0 Mio. € für Personenschäden und 5,0 Mio. € für sonstige Schäden. Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der o.g. Deckungssummen pro Jahr betragen. Der Nachweis bzw. die Erklärung der Versicherung darf nicht älter als 12 Monate sein und muss zusammen mit diesem Teilnahmeantrag vorgelegt werden. Bewerbungsgemeinschaften müssen einen entsprechenden Nachweis bzw. eine Erklärung für die Bewerbungsgemeinschaft oder für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorlegen. Eine projektbezogene Aufstockung der bestehenden Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall wird akzeptiert, ist jedoch mittels schriftlicher Versicherungsbestätigung zusammen mit diesem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Versicherer	
Deckungssummen Personenschäden	
Deckungssummen sonstige Schäden	
Der Nachweis, dass die Deckung der Berufshaftpflichtversicherung entsprechend den Vorgaben der Vergabebekanntmachung vorhanden ist (aktuelle Erklärung des Versicherers, die nicht älter als 12 Monate ist)	

Schriftliche Erklärung des Versicherers, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine Versicherung entsprechend der Bekanntmachung mit mir/uns abzuschließen	
--	--

II. Erklärung über den Gesamtumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Umsätze der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (gerechnet ab dem 01.01.2023)	2023: 2024: 2025:

III. Erklärung über den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags (Leistungen der Projektsteuerung im Krankenhaus-, Klinik- und / oder Gesundheitsbereich) in den letzten drei Geschäftsjahren gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Umsätze vergleichbarer Dienstleistungen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (gerechnet ab dem 01.01.2023)	2023: 2024: 2025:

Hinweis: Gewichtung mit 10 %, maximal erreichbare Punktzahl = 5

Bewertung: Es wird der durchschnittliche Umsatz **vergleichbarer** Dienstleistungen der letzten drei Jahre bewertet

5 Punkte: $\geq 1.000.000 \text{ €}$

4 Punkte: $\geq 800.000 \text{ €}$

3 Punkte: $\geq 600.000 \text{ €}$

2 Punkte: $\geq 400.000 \text{ €}$

1 Punkt: $\geq 300.000 \text{ €}$

0 Punkte: $< 300.000 \text{ €}$

D. Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

I. Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Erklärung (jährliches Mittel) über die Anzahl der Führungskräfte der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (gerechnet ab dem 01.01.2023)	2023: 2024: 2025:
Erklärung (jährliches Mittel) über die Anzahl der festangestellten Mitarbeitenden in Vollzeit der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (gerechnet ab dem 01.01.2023)	2023: 2024: 2025:

Hinweis: **Gewichtung mit 15 %, maximal erreichbare Punktzahl = 5**

Bewertung: Es wird die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl, das heißt die Anzahl der festangestellten Mitarbeitenden zzgl. der Anzahl der Führungskräfte der letzten drei Jahre bewertet

5 Punkte:	≥ 12 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte
4 Punkte:	≥ 10 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte
3 Punkte:	≥ 08 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte
2 Punkte:	≥ 06 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte
1 Punkt:	≥ 05 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte
0 Punkte:	< 05 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte

II. Benennung der Projektleitung für das Projekt mit Qualifikation sowie Erfahrungen der Person in vergleichbaren Projekten anhand von Nachweisen und Referenzen (Leistungen der Projektsteuerung im Krankenhaus-, Klinik- und / oder Gesundheitsbereich) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Name der verantwortlichen Projektleitung für die Durchführung des Projekts	
Nachweis der Qualifikation/Erfahrung sowie persönliche Referenzen der verantwortlichen Projektleitung , die Referenzprojekte sind im Referenzdatenblatt (Anlage 5) beizufügen	
Nachweis beruflichen Befähigung als Anlage	

Hinweis: **Gewichtung mit 20 %, maximale erreichbare Punktzahl = 5**

Bewertung: Die Qualifikation und Erfahrung der **Projektleitung** werden anhand von Nachweisen und Referenzen bewertet, die der Projektleiter / die Projektleiterin als Projektleiter/in oder stellvertretende/r Projektleiter/in begleitet hat. **Bei der Bewertung werden die vom Bewerber im Referenzdatenblatt (Anlage 5) genannten Projekte (maximal zwei) herangezogen.** Die Höchstpunktzahl in diesem Eignungskriterium kann bei zwei vergleichbaren Referenzen erreicht werden.

Der Auftraggeber wird bei der Prüfung die vom Bewerber vorgelegten, zwei besten Referenzobjekte heranziehen. Voraussetzung für die Wertungsfähigkeit der Referenzen ist, dass es sich um Referenzen des Projektleiters / der Projektleiterin handelt, die nach ihrem Grad der Schwierigkeit den ausgeschriebenen Projektsteuerungsleistungen entsprechen. Jede Referenz wird zur Erfüllung dieser Eignungsvorgabe mit maximal 5 Punkten und 50 % bewertet. Die maximale Punktezahl in diesem Eignungskriterium kann mit zwei Referenzen, die jeweils alle Kriterien erfüllen (5 Punkte), erreicht werden.

Folgende Punktabzüge von der maximal erreichbaren Punktzahl von 5 werden bei den Referenzangaben vorgenommen, wenn dort die folgenden Nachweise **nicht** erfüllt werden:

- 1 Punkt: Art der Baumaßnahme ist der Umbau oder die Erweiterung eines Krankenhauses im laufenden Betrieb
- 1 Punkt: Die Nutzungsart betrifft mindestens drei verschiedene Funktionsbereiche (wertbare Funktionsbereiche sind Bettenhaus / Pflegestationen, Arztdienst / Verwaltung, Notaufnahme, Kardiologie, Herzkatheterlabor, Technikzentrale / Energieversorgung, Funktionsbereiche mit erhöhten technischen Anforderungen, u.a. Netzersatzanlage)
- 1 Punkt: Die Projektkosten (Kostengruppen 300-600 nach DIN 276 ohne Umsatzsteuer) liegen bei > 2,50 Mio. € (netto)
- 1 Punkt: Die erbrachten Leistungen umfassen die Qualitätssicherung der Architektenleistungen
- 1 Punkt: Die erbrachten Projektsteuerungsleistungen umfassen mindestens die Projektstufen 2 bis 5 gemäß AHO Heft Nr. 9, wobei Projektstufe 5 zu mindestens 80 % erbracht ist

III. Benennung der stellvertretenden Projektleitung für das Projekt mit Qualifikation sowie Erfahrungen der Person in vergleichbaren Projekten anhand von Nachweisen und Referenzen (Leistungen der Projektsteuerung im Krankenhaus-, Klinik- und / oder Gesundheitsbereich) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Name der stellvertretenden Projektleitung für die Durchführung des Projekts	
Nachweis der Qualifikation/Erfahrung sowie persönliche Referenzen der stellvertretenden Projektleitung , die Referenzprojekte sind im Referenzdatenblatt (Anlage 5) beizufügen	

Nachweis beruflichen Befähigung als Anlage	
--	--

Hinweis: Gewichtung mit 20 %, maximale erreichbare Punktzahl = 5

Bewertung: Die Qualifikation und Erfahrung der **stellvertretenden Projektleitung** werden anhand von Nachweisen und Referenzen bewertet, die der stellvertretende Projektleiter / die stellvertretende Projektleiterin als Projektleiter/in oder stellvertretende/r Projektleiter/in begleitet hat. **Bei der Bewertung werden die vom Bewerber im Referenzdatenblatt (Anlage 5) genannten Projekte (maximal zwei) herangezogen.** Die Höchstpunktzahl in diesem Eignungskriterium kann bei zwei vergleichbaren Referenzen erreicht werden.

Der Auftraggeber wird bei der Prüfung die vom Bewerber vorgelegten, zwei besten Referenzobjekte heranziehen. Voraussetzung für die Wertungsfähigkeit der Referenzen ist, dass es sich um Referenzen des stellvertretenden Projektleiters / der stellvertretenden Projektleiterin handelt, die nach ihrem Grad der Schwierigkeit den ausgeschriebenen Projektsteuerungsleistungen entsprechen. Jede Referenz wird zur Erfüllung dieser Eignungsvorgabe mit maximal 5 Punkten und 50 % bewertet. Die maximale Punktezahl in diesem Eignungskriterium kann mit zwei Referenzen, die jeweils alle Kriterien erfüllen (5 Punkte), erreicht werden.

Folgende Punktabzüge von der maximal erreichbaren Punktzahl von 5 werden bei den Referenzangaben vorgenommen, wenn dort die folgenden Nachweise **nicht** erfüllt werden:

- 1 Punkt: Art der Baumaßnahme ist der Umbau oder die Erweiterung eines Krankenhauses im laufenden Betrieb
- 1 Punkt: Die Nutzungsart betrifft mindestens drei verschiedene Funktionsbereiche (wertbare Funktionsbereiche sind Bettenhaus / Pflegestationen, Arztdienst / Verwaltung, Notaufnahme, Kardiologie, Herzkatheterlabor, Technikzentrale / Energieversorgung, Funktionsbereiche mit erhöhten technischen Anforderungen, u.a. Netzersatzanlage)
- 1 Punkt: Die Projektkosten (Kostengruppen 300-600 nach DIN 276 ohne Umsatzsteuer) liegen bei > 2,50 Mio. € (netto)
- 1 Punkt: Die erbrachten Leistungen umfassen die Qualitätssicherung der Architektenleistungen
- 1 Punkt: Die erbrachten Projektsteuerungsleistungen umfassen mindestens die Projektstufen 2 bis 5 gemäß AHO Heft Nr. 9, wobei Projektstufe 5 zu mindestens 80 % erbracht ist

IV. Büroreferenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in den letzten fünf Jahren (Leistungen der Projektsteuerung im Krankenhaus-, Klinik- und / oder Gesundheitsbereich) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Nachweis von vergleichbaren Projekten seit 2021 bis Ablauf der Bewerbungsfrist; Die Referenzprojekte sind im Referenzdatenblatt als Anlage beizufügen	

Hinweis: Gewichtung mit 25 %, maximale erreichbare Punktzahl = 5

Bewertung: Die Qualifikation und Erfahrung des **Büros** werden anhand von Nachweisen und Referenzen bewertet, die das Büro in den letzten fünf Jahren erbracht hat. **Bei der Bewertung werden die vom Bewerber im Referenzdatenblatt (Anlage 5) genannten Projekte (maximal zwei) herangezogen.** Die Höchstpunktzahl in diesem Eignungskriterium kann bei zwei vergleichbaren Referenzen erreicht werden.

Der Auftraggeber wird bei der Prüfung die vom Bewerber vorgelegten, zwei besten Referenzobjekte heranziehen. Voraussetzung für die Wertungsfähigkeit der Referenzen ist, dass es sich um Referenzen des Büros handelt, die nach ihrem Grad der Schwierigkeit den ausgeschriebenen Projektsteuerungsleistungen entsprechen. Jede Referenz wird zur Erfüllung dieser Eignungsvorgabe mit maximal 5 Punkten und 50 % bewertet. Die maximale Punktezahl in diesem Eignungskriterium kann mit zwei Referenzen, die jeweils alle Kriterien erfüllen (5 Punkte), erreicht werden.

Folgende Punktabzüge von der maximal erreichbaren Punktzahl von 5 werden bei den Referenzangaben vorgenommen, wenn dort die folgenden Nachweise **nicht** erfüllt werden:

- 1 Punkt: Art der Baumaßnahme ist der Umbau oder die Erweiterung eines Krankenhauses im laufenden Betrieb
- 1 Punkt: Die Nutzungsart betrifft mindestens drei verschiedene Funktionsbereiche (wertbare Funktionsbereiche sind Bettenhaus / Pflegestationen, Arztdienst / Verwaltung, Notaufnahme, Kardiologie, Herzkatheterlabor, Technikzentrale / Energieversorgung, Funktionsbereiche mit erhöhten technischen Anforderungen, u.a. Netzersatzanlage)

- 1 Punkt: Die Projektkosten (Kostengruppen 300-600 nach DIN 276 ohne Umsatzsteuer) liegen bei > 2,50 Mio. € (netto)
- 1 Punkt: Die erbrachten Leistungen umfassen die Qualitätssicherung der Architektenleistungen
- 1 Punkt: Die erbrachten Projektsteuerungsleistungen umfassen mindestens die Projektstufen 2 bis 5 gemäß AHO Heft Nr. 9, wobei Projektstufe 5 zu mindestens 80 % erbracht ist

V. Beschreibung der Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität seiner Dienstleistung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV

Hinweis: Gewichtung mit 10 %, maximal erreichbare Punktzahl = 5

Die Beschreibung soll dem Auftraggeber einen Einblick in die Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität seiner Dienstleistung ermöglichen. Erwartet werden Aussagen zu den nachfolgenden Themen, die in der Beschreibung klar gegliedert und getrennt dargestellt werden sollten:

- Werden Weiterbildungsmaßnahmen der Mitarbeitende zur Qualitätssicherung durchgeführt und wie sehen diese Maßnahmen aus?
- Werden andere Aktivitäten zur Qualitätssicherung durchgeführt und wie sehen diese Maßnahmen aus?
- Wie wird die projektspezifische Qualitätssicherung zwischen Planung und Ausführung sichergestellt (mit grafischer, projektspezifischer Darstellung)?
- Gibt es gültige Zertifikate nach DIN ISO 9001 oder vergleichbar, welche den Bewerbungsunterlagen in Kopie beigelegt sind?
- Angaben über die technische Büro-Ausrüstung mit Erläuterung der eingesetzten Hard- und Software.
- Angaben über projektspezifische Qualitätssicherungsmaßnahmen.
- Projektspezifische Darstellung von Maßnahmen zur Einhaltung der Qualitätsziele.

Folgende Bewertung nimmt der Auftraggeber in diesem Kriterium nach den vorgenannten Vorgaben an die Beschreibung vor:

- | | |
|-----------|---|
| 0 Punkte: | Darstellung fehlt oder ist inhaltlich unbrauchbar |
| 1 Punkt: | beschriebene Maßnahmen sind brauchbar, weisen aber erhebliche Schwächen auf |
| 2 Punkte: | beschriebene Maßnahmen sind von durchschnittlicher Qualität, weisen aber Schwächen in einzelnen Punkten auf |
| 3 Punkte: | beschriebene Maßnahmen sind von überdurchschnittlicher Qualität, weisen aber noch kleine Schwächen auf |
| 4 Punkte: | beschriebene Maßnahmen sind von überdurchschnittlicher Qualität und weisen keine Schwächen auf |
| 5 Punkte: | beschriebene Maßnahmen sind von deutlich überdurchschnittlicher Qualität und weisen besondere Qualitätsmerkmale auf |

ERKLÄRUNG
zur Richtigkeit der Angaben

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen meinen/unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Ich/Wir erkläre mich/uns damit einverstanden, dass durch den Auftraggeber zur Überprüfung der Angaben unter Wahrung der Vertraulichkeit gegebenenfalls ergänzende Unterlagen angefordert werden können.

Des Weiteren bestätige/n ich/wir mit meiner/unserer Unterschrift, dass ich/wir die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb einer vollständigen Überprüfung unterzogen habe/n und das Vorhaben sowie die für das Verfahren geltenden Bedingungen mit der für den Teilnahmeantrag erforderlichen Genauigkeit beurteilen kann/können.

Ich/Wir erkläre/n mich/uns mit den aufgestellten Verfahrensregeln ausdrücklich einverstanden.

Datum, Bewerbername (Firma), Name Erklärender in Klerschrift im Sinne des § 126b BGB und seine Position im Unternehmen

.....

Hinweis:

Ist bei einer elektronischen Übermittlung in Textform der Erklärende nicht erkennbar, wird der Antrag ausgeschlossen.

<u>ANLAGENVERZEICHNIS</u>

- **Anlage 1** – Erklärung Bewerbergemeinschaft
- **Anlage 2** – Verpflichtungserklärung Eignungsleihe nach § 47 VgV
- **Anlage 3** – Wertungsmatrix Teilnahmewettbewerb
- **Anlage 4** – Einwilligung Datenweitergabe, Datenverarbeitung und Datenspeicherung
- **Anlage 5** – Referenzdatenblatt